

Bitte beachten Sie, dass der ursprüngliche Beschlussvorschlag in den Vorlagen im Beratungsgang nicht verändert wird. Abweichende Beschlüsse der befassenen Gremien können Sie den Anlagen, Niederschriften oder den Beschlussauszügen im Gremienportal entnehmen.



STADT  
NIDDERAU

| <b>Antrag</b>         |                                                                                                 |
|-----------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>- öffentlich -</b> |                                                                                                 |
| <b>AT-6/2026</b>      |                                                                                                 |
| Antragssteller:       | SPD-Fraktion, CDU-Fraktion,<br>Fraktion Bündnis 90/<br>Die Grünen,<br>Fraktion Freie Wähler/FDP |
| Fachdienst:           | 10.2 FD Gremienarbeit                                                                           |
| Sachbearbeiter/in:    | Daniel Hillemann                                                                                |
| Datum                 | 24.08.2026                                                                                      |

| Beratungsfolge              | Termin     | Beratungsaktion |
|-----------------------------|------------|-----------------|
| Stadtverordnetenversammlung | 03.09.2026 | beschließend    |

**Betreff:**

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler/FDP betreffend Kürzungen Sach- und Dienstleistungen der Haushaltspläne für 2026 und 2027**

**Antrag:**

Für den Anpassungsbeschluss zum Haushalt 2026 wird der Magistrat beauftragt, eine pauschale Kürzung aller Planansätze der Aufwandssachkonten im Sach- und Dienstleistungsbereich (Pos. 13) um 30 % umzusetzen. Dies entspricht ungefähr den Ergebnissen in den Jahresabschlüssen der Jahre 2024 und 2025. Der gleiche Ansatz soll für den aufzustellenden Haushaltsplan 2027 Verwendung finden.

**Finanzielle Auswirkungen:**

s. O.

**Begründung:**

Um einen genehmigungsfähigen Haushaltsplan 2026 aufstellen zu können, sind weitreichende Konsolidierungsbemühungen vorzunehmen. Mit diesem Antrag wird den Bemühungen Rechnung getragen, da sie zu einer Ergebnisverbesserung um ca. 3 Mio. Euro führen. Die Antragsteller sind überzeugt, dass mit gezielten Sparmaßnahmen und einer wirtschaftlichen Ausgabenpolitik, insbesondere im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung, eine solche Kürzung möglich und umsetzbar ist. Sollte in einem Produktbereich der Ansatz überschritten werden, ist unter Einbeziehung aller gesetzlichen Möglichkeiten die Übertragung von Mitteln aus anderen Bereichen vorzunehmen, sodass in der Summe die 30 % erreicht werden.

gez. Vinzenz Bailey  
Vorsitzender SPD-Fraktion

gez. Markus Neumann  
Vorsitzender CDU-Fraktion

Antragsteller

Antragsteller

Nicole Stahlberg  
Vorsitzende Bündnis 90/Grüne-Fraktion

Silke Sacha  
Vorsitzende Fraktion Freie Wähler/FDP

Antragstellerin

Antragstellerin